

Unselbstständiger Entschließungsantrag (§ 51 GeoLT)

Landtagsabgeordnete(r): LTAbg. Albert Royer (FPÖ), LTAbg. Christian Cramer (FPÖ), LTAbg. Erich Hafner (FPÖ), LTAbg. Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann (FPÖ), LTAbg. Mag. Stefan Hermann (FPÖ), LTAbg. Anton Kogler (FPÖ), LTAbg. Herbert Kober (FPÖ), LTAbg. Helga Kürgerl (FPÖ), Dritter Landtagspräsident Dr. Gerhard Kurzmann (FPÖ), LTAbg. Arnd Meißl (FPÖ), LTAbg. Liane Moitzi (FPÖ), LTAbg. Marco Triller, BA (FPÖ), LTAbg. Dipl.-Ing. Hedwig Staller (FPÖ), LTAbg. Günter Wagner (FPÖ)

Regierungsmitglied(er): Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, Landeshauptmann-Stv. Mag. Michael Schickhofer, Landesrat Mag. Christopher Drexler

Zu Tagesordnungspunkt 13

Betreff:

Das Votum der Menschen im Bezirk Liezen muss umgesetzt werden!

Die schwarz-rote Landesregierung beabsichtigt bekanntlich im Zuge der Umsetzung ihres „Gesundheitsplans“ eine Neuaufstellung der Spitalsstrukturen im Bezirk Liezen. So sollen die bestehenden Spitäler in Rottenmann, Schladming sowie Bad Aussee geschlossen und bis zum Jahr 2025 durch ein Zentralkrankenhaus, welches in der Gemeinde Stainach-Pürgg erbaut werden soll, ersetzt werden.

Unabhängig davon, ob man diese Pläne nun begrüßt oder – wie zweifelsohne eine Vielzahl an Menschen in der Region – für einen Fehler hält, ist es bedauerlich, dass drei Spitalsstandorte geschlossen werden sollen, ohne zuvor sämtliche Auswirkungen auf die Region erhoben zu haben. Immerhin sind von den Schließungen nicht nur Zulieferfirmen und Angestellte betroffen, sondern auch ganze Tourismusregionen, in denen es vor allem um die rasche Versorgung bei Freizeitunfällen geht.

Um gerade diese Folgen der beabsichtigten Spitalspolitik noch vor einer allfälligen Umsetzung des Projekts „Leitspital Liezen“ sicherzustellen, beantragte die Freiheitliche Partei Steiermark Anfang Dezember des vergangenen Jahres die Durchführung einer umfassenden Studie. Konkret sollte seitens der Landesregierung erhoben werden, wie sich die Schließung der bisher im Bezirk Liezen bestehenden Spitäler auf die Wertschöpfung, die Arbeitsplatzsituation, die Gesundheitsversorgung sowie die Bevölkerungsentwicklung (Stichwort Abwanderung) in den betroffenen Gebieten auswirkt. Bedauerlicherweise konnten sich die Regierungsparteien zu keiner Zustimmung zu besagtem Antrag durchringen und beschlossen vielmehr die Einholung einer Stellungnahme durch die Landesregierung.

Wie zu erwarten war, ging der zuständige ÖVP-Landesrat Christopher Drexler in seiner am 7. Februar 2019 vorgelegten Stellungnahme in keiner Weise auf die Sinnhaftigkeit der beantragten Forderung ein. Vielmehr verwies das Regierungsmitglied darauf, dass die Beauftragung einer Studie zu den Auswirkungen von strukturellen Maßnahmen im Gesundheitswesen auf Gemeinden im Österreichischen Strukturplan Gesundheit keine Bedingung darstelle. Dieses Negieren ist umso bedauerlicher, da Landesrat Drexler noch im Jahr 2010 in einer gemeinsamen Presseaussendung mit dem damaligen ÖVP-Gesundheitssprecher Hans Bacher die Wichtigkeit der heimischen Spitäler auch abseits der Gesundheitsversorgung hervorgehoben hatte. So seien diese direkt und indirekt für tausende Jobs in der Steiermark verantwortlich und ein großer Wirtschaftsfaktor in jeder Region.

Ungeachtet dessen, dass der Landesgesundheitsreferent heute nichts mehr von seinen damaligen Aussagen wissen möchte, entsprechen diese doch der Wahrheit. Krankenhäuser sind zweifelsohne wesentliche Wirtschaftsfaktoren, von deren Fortbestand tausende Menschen in den jeweiligen Bezirken wirtschaftlich abhängig sind. Die Bevölkerung des Bezirks Liezen wird daher auch derartige Überlegungen miteinfließen lassen, wenn sie am 7. April dieses Jahres im Zuge der von FPÖ und KPÖ initiierten Volksbefragung an die Wahlurnen schreiten.

Es wird sich weisen, wie das Votum der Bürger letztlich ausfallen wird. Angesichts der strukturellen und finanziellen Dimensionen des Projekts „Leitspital Liezen“ würden ÖVP und SPÖ in jedem Fall gut daran tun, den Ausgang des Votums zu respektieren und politisch umzusetzen. Alles andere wäre ein Agieren gegen den Willen der Bevölkerung und kann daher auch nicht im Sinne der steirischen Landesregierung sein.

Es wird daher der

Antrag

gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den demokratischen Willen der Bevölkerung zu respektieren und das Ergebnis der am 7. April 2019 im Bezirk Liezen stattfindenden Volksbefragung politisch umzusetzen.

Unterschrift(en):

LTAbg. Albert Royer (FPÖ), LTAbg. Christian Cramer (FPÖ), LTAbg. Herbert Kober (FPÖ), LTAbg. Anton Kogler (FPÖ), LTAbg. Helga Kügerl (FPÖ), LTAbg. Arnd Meißl (FPÖ), LTAbg. Liane Moitzi (FPÖ), LTAbg. Dipl.-Ing. Hedwig Staller (FPÖ), LTAbg. Marco Triller, BA (FPÖ), LTAbg. Günter Wagner (FPÖ)